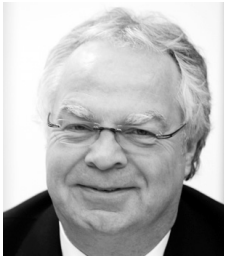
Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit sind beherrschende Themen in der (steuer)politischen Diskussion. Immer neue gesetzliche Regelungen sollen – ergänzt durch die abschreckende Wirkung des Strafrechts – „Steuerschlupflöcher" schließen und einer „agressiven Steuergestaltung" entgegen wirken. *Blumers* greift die aktuelle Debatte auf und mahnt zu einer klaren Grenzziehung zwischen legaler Gestaltung und gesetzeswidrigem Missbrauch, wozu vor allem der Gesetzgeber durch eindeutige gesetzliche Regelungen aufgerufen ist. Missbräuchlichen Gestaltungen soll auch § 15 AStG zur Besteuerung ausländischer Familienstiftungen entgegenwirken. Dessen gesetzliche Neuregelung mit dem JStG 2013 ist gescheitert, Äußerungen der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen zu dessen Anwendung sorgen jedoch für Rechtsunsicherheit. *Winter/Heppe* beschäftigen sich mit diesem Thema in ihrem Beitrag, *van Randenborgh* geht der Frage nach, ob auch eine nichtrechtsfähige Familienstiftung der Erbersatzsteuer unterliegt. Die BB-Fachkonferenz Stiftungen am 14.11.2013 in Frankfurt gibt Gelegenheit, diese und weitere aktuelle Fragen des Stiftungsrechts zu diskutieren.



Udo Eversloh,
Ressortleiter Steuerrecht

Entscheidungen

Amtliche Leitsätze

EuGH: Erstattung des Vorsteuerüberschusses durch Verrechnung

Art. 183 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28.11.2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem ist in dem Sinne auszulegen, dass es ihm zuwiderläuft, wenn ein Steuerpflichtiger, der die Erstattung des Vorsteuerüberschusses beantragt hat, den er auf die von ihm geschuldete Mehrwertsteuer gezahlt hat, von der Steuerverwaltung eines Mitgliedstaats keine Verzugszinsen wegen der von ihr verspätet geleisteten Erstattung für den Zeitraum verlangen kann, in dem Verwaltungsakte gültig waren, die die Erstattung ausgeschlossen hatten, die aber anschließend durch Gerichtsentscheidungen aufgehoben wurden.

EuGH, Urteil vom 24.10.2013 – C-431/12, SC Rafinăria Steaua Română
Volltext: **BB-ONLINE BBL2013-2773-1**
unter www.betriebs-berater.de

BFH: Anerkennung als Steuerberatungsgesellschaft – Berufliche Niederlassung des Geschäftsführers

Eine Steuerberatungsgesellschaft kann auch dann anerkannt werden, wenn die erforderliche berufliche Niederlassung ihres Geschäftsführers am Ort der Gesellschaft oder in dessen Nahbereich im Zeitpunkt der Entscheidung über den Anerkennungsantrag noch nicht unterhalten wird, sofern es nicht erkennbar an der ernstlichen Absicht fehlt, eine solche Niederlassung alsbald zu begründen und zu unterhalten.

Die Anerkennung der Gesellschaft darf unter die aufschiebende Bedingung gestellt werden, dass sie ihre werbende Tätigkeit erst entfalten darf, wenn der Geschäftsführer eine solche Niederlassung tatsächlich begründet hat.

BFH, Urteil vom 6.8.2013 – VII R 15/12
Volltext: **BB-ONLINE BBL2013-2773-2**
unter www.betriebs-berater.de

BFH: Vorsteuervergütungsanträge von Unternehmern in Drittstaaten – Unterschriftserfordernis

Der Antrag auf Vorsteuervergütung eines im Drittland ansässigen Unternehmers erfordert – anders als der eines im Unionsgebiet ansässigen Unternehmens – dessen eigenhändige Unterschrift (Abgrenzung zum EuGH-Urteil C-433/08, Yaesu Europe BV, Slg. 2009, I-11487).

BFH, Urteil vom 8.8.2013 – V R 3/11
Volltext: **BB-ONLINE BBL2013-2773-3**
unter www.betriebs-berater.de

BFH: Steuerfreie Zuwendung eines Familienwohnheims zwischen Ehegatten – einschränkende Auslegung des § 13 Abs. 1 Nr. 4a ErbStG

Ein zu eigenen Wohnzwecken genutztes Gebäude, in dem sich nicht der Mittelpunkt des familiären Lebens der Eheleute befindet, ist kein steuerbegünstigtes Familienwohnheim i. S. des § 13 Abs. 1 Nr. 4a Satz 1 ErbStG. Nicht begünstigt sind deshalb Zweitwohnungen oder Ferienwohnungen.

BFH, Urteil vom 18.7.2013 – II R 35/11
Volltext: **BB-ONLINE BBL2013-2773-4**
unter www.betriebs-berater.de

BFH: Konkurrenzverhältnis mehrerer Steuerbefreiungen für den Vorsteuerabzug

1. Eine innergemeinschaftliche Lieferung von Gegenständen, deren Lieferung im Inland ohne Recht zum Vorsteuerabzug steuerfrei wäre, berechtigt nicht zum Vorsteuerabzug.
2. Offen bleibt, ob dies auch für den Fall der Ausfuhrlieferung gilt.

BFH, Urteil vom 22.8.2013 – V R 30/12
Volltext: **BB-ONLINE BBL2013-2773-5**
unter www.betriebs-berater.de

BFH: Grundsätzlich keine flächenbezogene Vorsteueraufteilung in Spielhallen

Der Betreiber einer Spielhalle kann Vorsteuerbeträge, die weder seinen steuerfreien Umsätzen mit Geldspielgeräten noch seinen steuerpflichtigen Umsätzen mit Unterhaltungsspielgeräten direkt und unmittelbar zuzuordnen sind, grundsätzlich nicht nach den Flächen aufteilen, auf denen einerseits die Geldspielgeräte und andererseits die Unterhaltungsspielgeräte aufgestellt sind (sog. Flächenschlüssel).

BFH, Urteil vom 5.9.2013 – XI R 4/10
Volltext: **BB-ONLINE BBL2013-2773-6**
unter www.betriebs-berater.de

BFH: Kindergeld während der Mutterschutzfrist und der Elternzeit

1. Ein Kind, das die Suche nach einem Ausbildungsplatz während der Mutterschutzfrist unterbricht, ist in diesem Zeitraum weiterhin zu berücksichtigen. Dies gilt auch dann, wenn es die Bemühungen um einen Ausbildungsplatz nach dem Ende der Mutterschutzfrist nicht fortsetzt.
2. Ein Kind, das während der Elternzeit keinen Ausbildungsplatz sucht, kann – ebenso wie ein Kind, das seine Ausbildung wegen der Elternzeit unterbricht – nicht berücksichtigt werden.

BFH, Urteil vom 13.6.2013 – III R 58/12
Volltext: **BB-ONLINE BBL2013-2773-7**
unter www.betriebs-berater.de

Nicht amtliche Leitsätze

FG Düsseldorf: Streit um Vorsteuerabzug aus Rechnungen von Spielervermittlern geht in die nächste Runde

Wie der BFH mit Urteil vom 28.8.2013 – XI R 4/11 – entschieden hat, kann ein Profifußballverein die Vorsteuer aus Rechnungen von Spielervermittlern nur abziehen, wenn der Verein – und nicht ausschließlich der betreffende Spieler – Empfänger der Leistungen ist. Der klagende Bundesligaverein begehrt den Vorsteuerabzug aus Rechnungen von Spielervermittlern. Diesen hat das FA unter Hinweis auf den fehlenden Leistungsaustausch zwischen Spielervermittler und Verein versagt. Das FG Düsseldorf hat der dagegengerichteten Klage des Vereins mit Urteil vom 29.10.2011 – 1 K 4206/08 U – stattgegeben und dabei die Auffas-